

29.06.2016

## **Starke Zeichen für Gleichberechtigung: Mehr als 180 Kommunen, Verbände und Landesministerien unterstützen inzwischen die gemeinsame Erklärung für Gleichstellung**

Niedersachsens Sozial- und Gleichstellungsministerin Cornelia Rundt, in diesem Jahr auch Vorsitzende der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen- und -ministerkonferenz (GFMK), hatte zum diesjährigen Internationalen Frauentag die „Hannoversche Erklärung“ initiiert. Bis heute haben mehr als 180 niedersächsische Kommunen und Verbände die Erklärung unterzeichnet. Anlässlich der heutigen Hauptkonferenz der GFMK in Hannover haben außerdem die Mecklenburg-Vorpommersche Gleichstellungsministerin Birgit Hesse, der Bremer Gleichstellungsstaatsrat Jan Fries sowie die Brandenburgische Gleichstellungsministerin Diana Golze die Erklärung unterzeichnet. Darin heißt es unmissverständlich unter anderem: ‚Jede Frau hat das Recht und die Freiheit, nach ihrem eigenen Rollenverständnis zu leben. Eine Unterdrückung von Frauen wird nicht toleriert.‘

„Es ist ein starkes Zeichen, dass die Hannoversche Erklärung so viele Unterstützerinnen und Unterstützer findet, auch über die Landesgrenzen Niedersachsens hinaus“, sagt Ministerin Cornelia Rundt: „Denn trotz aller rechtlicher Gleichstellung von Frauen und Männern gibt es nach wie vor strukturelle Benachteiligungen wie Lohnungleichheiten zulasten der Frauen.“

Auch der Landeselternrat unterstützt die Initiative. „Die Festschreibung der Gleichberechtigung im Grundgesetz ist das Fundament in rechtlicher Hinsicht. Wir als Gesellschaft sind aber alle gefordert dazu beizutragen, dass der Raum für individuelle Lebensentwürfe selbst auch tatsächlich geschaffen wird“, so Stefan Bredehöft, Vorsitzender des Landeselternrates Niedersachsen.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern wollen sich überall und mit aller Kraft dafür einsetzen, die Gleichberechtigung für alle Frauen und Männer in der Gesellschaft auf allen Ebenen, beispielsweise bei der Entgeltungleichheit, auch faktisch weiter voranzubringen. Diskriminierungen von Frauen im alltäglichen Leben lassen sich durch Gesetze allein nicht verhindern; hier ist ein Hinschauen und Handeln eines jeden Einzelnen gefragt. Dies gilt auch für die gleichberechtigte Teilhabe zugewanderter Mädchen und Frauen in allen Lebensbereichen. Denn viele der Menschen, die in den vergangenen Monaten nach Deutschland gekommen sind, sind aus Herkunftsstaaten eingereist, in denen eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in der Gesellschaft nicht festgeschrieben ist oder gelebt wird. „Wir wollen Männer und Frauen aus anderen Kulturkreisen darin bestärken, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu leben“, so Ministerin Rundt. Für die Ministerin steht nicht zuletzt durch die große Unterstützung der Erklärung fest: „Auch in Zeiten sich verändernder Gesellschaftsstrukturen stellen wir das hart erkämpfte Gut der Gleichstellung auf keinen Fall zur Debatte.“

Die Namen der Unterzeichnenden sowie der Erklärungstext selbst sind unter [www.ms.niedersachsen.de](http://www.ms.niedersachsen.de) einsehbar.